Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6 — Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend — Postscheckkonto Leipzig 28614

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich 4 Mk., durch unsere Austräger zugetragen in der Stadt monatlich 4.40 Mk., auf dem Lande 4.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 12 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises.

Inseratenpreis 30 Pfg. für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Lokalpreis 20 Pfg., Reklamen 3 Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil zur von Behörden) die 2gespaltene Korpuszeile 2.50 Mk. Nachweisungs-Gebühr 30 Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 256. — Donnerstag den 4. November 1920. — 79. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Der nachstehende VIII. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung für die Stadt Wilsdruff vom 5. März 1915 wird hierdurch veröffentlicht.

Wilsdruff, am 2. November 1920. — Der Stadtrat.

VIII. Nachtrag
zur Gemeindesteuerordnung für die Stadt Wilsdruff
vom 5. März 1915.

§ 80 in der Fassung des 3. Nachtrags zur Gemeindesteuerordnung für die Stadt Wilsdruff und § 83 Ziffer 1 und 3 Satz 1 in der Fassung des 5. bzw. 3. Nachtrags zur Gemeindesteuerordnung für die Stadt Wilsdruff werden mit Wirkung vom 1. Oktober 1920 ab wie folgt geändert:

§ 80.

Die Tanzsteuer beträgt

a) bei öffentlichen und außerhalb des Privathauses stattfindenden nicht öffentlichen Tanzvergnügen . . . . . 40 Pfg.

b) bei Masken- und Trachtenfesten . . . . . 100 Pfg.

§ 83.

1. Die Eintrittskartensteuer beträgt

bei einem Eintrittspreise von	20 Pfg.	bis 45 Pfg.	5 Pfg.
„ „ „ „	46 „	„ 90 „	20 „
„ „ „ „	91 „	„ 190 „	30 „
„ „ „ „	191 „	„ 290 „	40 „

und steigt weiter mit je 100 Pfg. Eintrittsgeld mehr um 10 Pfg.

3. Von Dauerkarten werden 20 vom Hundert des Preises als Steuer im voraus erhoben.

Wilsdruff, am 14. September 1920. — 2431 II G.

Der Stadtrat. (L. S.) Küntzel, Bürgermeister.

Die Stadtverordneten. (L. S.) Adolf Heinicke, 2. Vorsteher.

Widerrufsweise genehmigt.

Dresden, am 26. Oktober 1920. — Ministerium des Innern. (L. S.) Für den Minister: J. A. Dr. Streit.

Die für Donnerstag den 4. d. M. angesetzte **Stadtverordnetensitzung** findet nachm. **6 Uhr** (nicht 7 Uhr) statt.

Der Stadtverordnetenvorsteher.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Nach einer offiziösen Meldung aus London soll die Genfer Wiedergutmachungskonferenz unter allen Umständen stattfinden.
* Trotz des gegenteiligen Gutachtens des preußischen Justizministers hat der preußische Innenminister die Orgesch erneut für Preußen verboten.
* In Berlin ist der erste kommunistische Parteitag zusammengetreten, um sich mit der bevorstehenden Verschmelzung zu befassen.
* Polen hat den Vorschlag des Völkerbundes, im Gebiet von Wilna eine Volksabstimmung stattfinden zu lassen, angenommen.
* Die Unabhängige Arbeiterpartei in England trägt sich mit der Absicht, eine neue „Vierte Internationale" zu gründen.
* Die serbische Regierung hat das Ergebnis der Volksabstimmung in Kärnten anerkannt.
* Aus Washington wird gemeldet, daß in ganz Amerika abgehaltene Probeabstimmungen eine überwältigende Mehrheit für den republikanischen Präsidentschaftskandidaten Harding ergeben haben.

Geht es zu Ende?

Die Unglücksnachrichten aus Rußland häufen sich. Ganze Gouvernements werden fortgesetzt unter Belagerungs-, ja unter Kriegsrecht gestellt, Truppen meutern, Bauern empören sich, und die Sowjetherren in Moskau können ihre Zeit nicht mehr ausschließlich mit der Ausarbeitung langatmiger Manifeste an das Proletariat der ganzen Welt ausfüllen. Das bis zum Tode erschöpfte russische Volk greift zur Selbsthilfe gegen die Bolschewistenherrschaft und fällt in besinnungsloser Wut über die Menschen im Soldatenrock her, die wahrscheinlich viel mehr der Not gehorchend als dem eigenen Triebe den Bolschewismus zu retten suchen — obwohl er doch unzweifelhaft rettungslos verloren ist. Von entsetzlichen Blutbädern berichten die neuesten Meldungen; aus Nowgorod, wo es zu Straßenkämpfen gekommen ist; aus Smolensk, wo über 1200 Soldaten von einer Scharfschützenbrigade erschossen wurden, neben Tausenden von Einwohnern, die sich den meuternden Truppen angeschlossen hatten; und selbst aus Moskau, dem „heiligen" Moskau, wo mehrere Regimenter der Roten Armee sich empört haben und nun erst von kommunistischen Verbänden aus Petersburg zur Raison gebracht werden sollen. Sturmzeichen für Lenin und Trotzki, für Sinowjew und Lowinski. Es geht zu Ende mit ihrer Herrlichkeit, alle Anzeichen sprechen wenigstens dafür. Das russische Volk will sich selber befreien und beginnt der Gewalt, die es niederhält, Gewalt entgegenzusetzen. Ob zu seinem Heile — wer kann es wissen? Vielleicht kommt es, abermals, aus dem Regen unter die Traufe. Vielleicht aber sind die Zustände in Rußland nachgerade schon so unerträglich geworden, daß sie noch schlimmer unter keinen Umständen mehr werden können.

In jedem Falle ist es gut, daß die letzte Entscheidung für oder gegen den Bolschewismus in Rußland von innen heraus herbeigeführt wird, nicht durch eine irgendwie geartete fremdländische Intervention. Jeder Versuch in dieser Richtung hat bisher die Lage immer nur verschlimmert. Aber wenn das russische Volk ganz aus sich selbst heraus dazu gelangen sollte, das Joch abzuschütteln, so kann gegen diesen Akt von keinem Standpunkt aus etwas Triftiges eingewendet werden. Die letzte Hoffnung der Bolschewisten war der siegreiche Ausgang des Feldzuges gegen die Polen. Sie haben ihn verloren. Seitdem haben sie im Innern die Zügel nur um so straffer angezogen und ihre Wort- und Schriftpropaganda über die Grenzen ihres Landes hin mit einer Leidenschaftlichkeit, einer haßerfüllten Eindringlichkeit gesteigert, wie man sie nur aufbringen pflegt, wenn alles auf dem Spiele steht. Wir Deutschen wissen ein Lied davon zu singen. Auf deutschem Boden gelang es ihnen gerade noch eine Agitationsschlacht zu gewinnen, als die Enthüllungen unabhängiger Moskaubesucher über die wahren Zustände in Rußland erst zu wirken begonnen hatten. Und der Parteitag der Kommunisten, der in Berlin seinen Anfang genommen hat, wird ihnen gewiß noch weitere Wortefolge bringen.

Aber was nützen die schönsten Reden, wenn sie durch die zu gleicher Zeit sich vollziehenden Tatsachen grausam Lügen gestraft werden? Wenn die Sowjetmacht, nach dreijähriger, von innen her unbedroht gebliebener Dauer zusammenbricht, um das russische Reich in einem unbeschreiblichen Zustand von Not und Elend zurückzulassen? So viel Wirklichkeitssinn wird schließlich auch der begeisterstste Anhänger der 3. Internationale sich noch bewahrt haben, um sich nicht lediglich durch Phrasen bestimmen zu lassen, wenn die ganze Herrlichkeit, der er nachstrebt, in demselben Augenblick vor seinen eigenen Augen sozusagen in Stücke geschlagen wird. Sind wir erst so weit, dann werden auch die glänzendsten Versammlungsredner verstummen müssen, wo die Steine schreien, wo ein ganzes Volk nach Vergeltung ruft für den unsagbaren Jammer, in den es gestürzt worden ist. Muß der Bolschewismus erst in Rußland die Segel streichen, dann ist es auch mit seiner Anziehungskraft im übrigen Europa vorüber, zumal man ja weiß, daß diese zum großen Teil durch nichts weniger als ideale Werbemittel künstlich erzeugt worden ist. Fällt der Mantel, dann muß auch der Herzog nach — selbst wenn dieser Herzog Lenin heißt.

Dr. Sy.

Sinowjew gibt die Hoffnung auf.

Das Pariser „Journal" veröffentlicht Meldungen eines Berliner Mitarbeiters, der aus der engsten Umgebung Sinowjews während dessen Aufenthalt in Berlin erfahren hat, daß Sinowjew den Berliner Kommunisten vertrauliche Mitteilungen gemacht habe, die von seiner Hallenser Rede beträchtlich abwichen. Er hat die deutschen Getreuen Lenins nicht im unklaren darüber gelassen, daß die Stellung der Sowjetregierung arg erschüttert ist, daß der beginnende Winter eine fürchterliche Hungersnot bringen werde und daß das durch unsägliche Leiden geschwächte russische Volk zu murren beginne. Sinowjew soll wörtlich erklärt haben: „Wenn im Laufe des Winters die ersehnte Revolution im Westen nicht ausbricht, müssen die Sowjets kapitulieren." An einen der Berliner Kommunistenführer hat er die Frage gerichtet: „Wenn wir nach Deutschland flüchten müßten, könnten Sie uns dann unsere Sicherheit gewährleisten?"

Augenblicklich konzentrieren sich die Anstrengungen der Russen gänzlich auf Italien und die Tschecho-Slowakei. Sie glauben, daß ihnen das Heil nur von diesen beiden Ländern und von England kommen könne. Ganz besonders interessierte den Journal-Vertreter der Standpunkt, den Sinowjew in der Frage der Verpflichtungen einnimmt, die das zaristische Rußland Frankreich gegenüber eingegangen ist. Hier lautet der Bescheid wenig tröstlich: Sowohl Sinowjew wie Viktor Kopp erklären, daß die Sowjetregierung diese Schulden niemals anerkennen und auch nicht einen Centime bezahlen werde.

Präsidentenwahl in Amerika.

Harding 8:1.

Das Weiße Haus in Washington erhält einen neuen Herrn, die Tage Wilsons sind endgültig dahin. Der Kampf um die Präsidentschaft begann unter den augenblicklichen Weltumständen und der bisher unerhörten aggressiven Politik, in die Wilson die nordamerikanische Union geführt, sozusagen mit einer gänzlich neuen Schichtung der Wählerschaft. Während früher die inneren Verhältnisse der Staaten ausschlaggebend waren, Republikaner und Demokraten um die Stellung am Staatsruder rauften, war diesmal der Blick auf die Lage in Europa nach dem großen Kriege, die Einflußnahme und die zukünftige Marschrichtung der Vereinigten Staaten mit Hinsicht auf alle die riesengroß und drohend aufgehäuften Probleme entscheidend. Aus der Liste der für die Nachfolgerschaft Wilsons genannten Kandidaten hoben sich allmählich zwei Persönlichkeiten als Favoriten heraus: Harding, der Mann der Republikaner und als solcher von vornherein im Gegensatz zu des demokratischen Wilsons Auffassungen stehend, dann Cox, der demokratische Parteigänger, als solcher von Wilson gefördert und gestützt. Das scheint ihm wenig genützt zu haben, denn Hardings Wahl dürfte gesichert sein. Die Wetten für ihn standen schon seit Wochen 8 zu 1. Eine Probeabstimmung, die kurz vor der definitiven Wahl vorgenommen wurde, ergab überwältigende Mehrheiten für Harding. Recht dunkel blieb bei der vorliegenden Wahl eine Frage, und diese war: Wie werden die Frauen stimmen? Denn diese nehmen zum erstenmal an der Abstimmung teil, und die Wählerschaft vermehrte sich dadurch um 26 Millionen.

Senator Harding.

James M. Cox.

Harding, der gerade am Wahltage sein 55. Lebensjahr vollendete, erklärte zu Artikel 10 des Völkerbundvertrages, er könne diesen nur annehmen, wenn eine neue Art internationaler Vereinigung geschaffen werde, die wirksam und besser organisiert sei als der Wilsonsche Völkerbund. Der Artikel 10 verpflichtet sämtliche Mitglieder des Bundes, allen übrigen „die territoriale Unversehrtheit und gegenwärtige politische Unabhängigkeit" zu garantieren, d. h. also, den Stand bei Begründung des Bundes ewig aufrechtzuerhalten. Wie Harding die Politik der Zukunft beeinflussen wird, wird man erfahren, wenn er tatsächlich ins Weiße Haus eingezogen ist. Die Übernahme der Präsidentschaft erfolgt im März des nächsten Jahres.

Die Wahl Hardings unterstreicht die Abkehr von Wilsons Grundsätzen und Richtlinien. Durch sie wird die Opposition der Amerikaner gegen den Versailler Frieden und die Gewaltpolitik, die auch nach der Beseitigung des Kriegszustandes fortgesetzt wird, unterstrichen, zwar nicht aus Liebe zu Deutschland, sondern in erster Linie, weil sie nicht verantwortlich sein wollen für die Zustände auf dem alten Kontinent. Harding will vom Völkerbund ebenso wenig wissen wie von der militärischen Besetzung des linken Rheinufers. Man nimmt an, daß er ohne weitere Förmlichkeiten den Krieg mit Deutschland für beendet erklären würde. Für

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF